
Wiebke Knell

KNELL: ZUCKERSTEUER MACHT DAS LEBEN AUCH IM SCHWALM-EDER-KREIS TEURER – CDU REDET DAGEGEN UND MACHT TROTZDEM MIT

14.10.2026

Die geplante Zuckersteuer der schwarz-roten Bundesregierung wird nach Auffassung der heimischen FDP-Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Wiebke Knell auch die Menschen im Schwalm-Eder-Kreis im Alltag treffen. Knell, die zugleich Sprecherin für Ernährung und Verbraucherschutz der FDP-Landtagsfraktion ist, kritisiert die zusätzliche Belastung in Zeiten ohnehin hoher Lebenshaltungskosten.

„Viele Familien schauen längst genauer darauf, was im Einkaufswagen landet und was sie sich noch leisten können. In dieser Situation eine neue Steuer auf Getränke einzuführen, ist der völlig falsche Weg“, erklärt Knell.

Besonders kritisch sieht sie das Verhalten der CDU. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein hatte die Zuckersteuer öffentlich als „Teuer-Steuer“ kritisiert. Auch Hessens Umweltminister Ingmar Jung hatte sich gemeinsam mit weiteren Unionsministern gegen die Pläne ausgesprochen.

„Erst macht die CDU wochenlang großes Getöse gegen die Zuckersteuer, und dann bringt die CDU-geführte Bundesregierung sie trotzdem auf den Weg. Was ist Boris Rheins Nein eigentlich wert? Den Menschen bei uns ist doch egal, wer sich innerhalb der Union wann gegen wen ausgesprochen hat. Entscheidend ist, was am Ende an der Supermarktkasse passiert. Und dort wird es teurer“, sagt Knell.

Auch die gesundheitspolitische Begründung überzeugt die Ernährungspolitikerin nicht: „Natürlich ist zu viel Zucker ungesund. Aber deshalb brauchen wir nicht gleich die nächste Steuer. Wir sollten Kindern früh vermitteln, was gesunde Ernährung bedeutet, für ausreichend Trinkwasser in Schulen sorgen und Lebensmittel verständlicher

kennzeichnen.“

Zudem verweist Knell auf die erwarteten Steuereinnahmen von fast einer Milliarde Euro: „Wenn die Bundesregierung schon fest mit diesen Einnahmen rechnet, darf man doch fragen, ob es wirklich nur um unsere Gesundheit geht. Ich will, dass Menschen gesünder leben. Aber ich will keinen Staat, der sie dafür ständig über höhere Preise erzieht. Die Menschen brauchen endlich Entlastung statt immer neuer Steuern.“